

## Rede vom 23. Juni 2006, Haushaltsbegleitgesetz 2006

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Als Erstes darf ich als Ausschussvorsitzender danken, nicht nur dem Finanzministerium für seine Zuarbeit, nicht nur den Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss für die umfangreiche Arbeit, nicht nur den Mitarbeitern der Kolleginnen und Kollegen und der Fraktionen, sondern insbesondere auch – das sage ich jetzt einmal so – meinem Haushaltssekretariat, das harte Arbeit geleistet hat. (Beifall im ganzen Hause)

Wir hatten acht Sitzungen, über 50 Stunden netto Tagungszeit, oft bis spät abends. Wir hatten auch das Haushaltsbegleitgesetz zu beraten. Wir hatten – das möchte ich an dieser Stelle einmal festhalten; das ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie vorgekommen;

Herr Steinbrück, da sehen Sie die Ernsthaftigkeit des Disputs dann doch – 1 300 Änderungsanträge im Haushaltsverfahren. Das zeigt, dass man als Opposition zumindest versucht, an bestimmten Stellen anzusetzen.

Ein kleiner Hinweis noch, Herr Steinbrück: Wir werden wieder erleben, dass Sie manche der **Vorschläge der Opposition**, die Sie jetzt noch kritisieren, im Jahr 2007 auf einmal aufgreifen werden, weil Sie sie – leider ein Jahr zu spät – als richtig erkennen.

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]) Ich danke auch dem Kabinett und insbesondere der Bundeskanzlerin. Alle sind im Haushaltsausschuss gewesen. Es war das erste Mal seit Helmut Kohl im Jahre 1997, dass – in dem Fall – eine Bundeskanzlerin an der Beratung teilgenommen hat. Ich denke, dass das im Verhältnis von Exekutive und Legislative angemessen war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU) Ich hoffe, dass neben allem Streit die Zusammenarbeit auch weiterhin gut funktionieren wird. Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

Was ist die besondere Bedeutung von Haushaltspolitik?

Was ist das Spezielle an der Haushaltspolitik im Vergleich zu anderen Politikfeldern? Haushaltspolitik ist nicht pure Buchhalterei, wie der Kollege Wieland hier gesagt hat. Herr Wieland, Sie sollten mit Ihren Haushältern vielleicht einmal ein bisschen darüber reden. Ein Haushälter, der nicht weiß, um welche politischen Inhalte es geht, ist kein guter Haushälter.

Es zählen im Haushalt nicht Wünsche, nicht gute Absichten, geschweige denn Wolkenkuckucksheime und schon gar nicht Ideologien. Es zählen im Haushalt die tatsächlichen **Zahlen** und das, was mit diesen tatsächlichen Zahlen passiert. Wie sind die tatsächlichen Zahlen?

Das ist das, worum es eigentlich geht. Es geht nicht um irgendwelche Versprechungen, Wünsche oder Ähnliches, sondern um Fakten.

Die Zahlen zum Zeitpunkt der Verabschiedung sind die folgenden: Die Neuverschuldung beträgt 38,2 Milliarden Euro. Letztes Jahr betrug sie noch 22 Milliarden Euro. Im Übrigen stieg diese Zahl im Vollzug noch auf 31,2 Milliarden Euro. Die Ausgaben betragen 261,6 Milliarden Euro. Das sind 7,3 Milliarden Euro mehr als im letzten Jahr. Auch da gab es im letzten Jahr einen Anstieg

im Vollzug. Wenn das mit dem Vollzug so weitergeht, dann fürchte ich, dass es dieses Jahr noch schlimmer wird, als es sich zur Mitte dieses Jahres darstellt. Man könnte der Meinung sein, dass Sie es wenigstens bei den **Investitionen** schaffen, ein wenig erfolg versprechende Zahlen vorzulegen. Doch bei den Investitionen sinkt der Anteil von 9,0 auf 8,9 Prozent. Das ist zwar nur eine Differenz von 0,1 Prozentpunkten. Trotzdem kann man

sagen, dass dies kein Zeichen dafür ist, dass es wirklich nach oben geht. (Beifall bei der FDP)

Was bedeutet das? Wir sind uns alle einig, dass der Vertrag von **Maastricht**, selbst in seiner völlig aufgeweichten Form, gebrochen wird. Wir erfüllen mit dem Haushalt, der heute mit Koalitionsmehrheit beschlossen wird, die Maastrichtkriterien nicht.

Herr Steinbrück, bevor wir zu falschen Exegesen

kommen, möchte ich sagen: Wir verletzen mit diesem Haushalt die Regelgrenze in **Art. 115 Grundgesetz**. (Beifall des Abg. Jürgen Koppelin [FDP])

Man sollte sich nicht rühmen, eine Regel der Verfassung zu verletzen. Auch wenn man es im Detail zisiert, bleibt es dabei: Es ist eine Verletzung der Regel. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir nutzen eine Regel! Das ist keine Verletzung der Verfassung!) – Herr Kollege Kampeter, das ist der Unterschied zwischen mir als Juristen und Verfassungspatrioten und Ihnen: (Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD: Oh!)

Mich stört es, wenn eine Regel der Verfassung verletzt wird. Mich stört es auch, wenn auf eine Ausnahme zugegriffen werden muss. Das ist der Unterschied in unserer Argumentation.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Aber das ist keine Verfassungsverletzung!)

– Das habe ich eben nicht gesagt, Herr Kollege Kampeter. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Danke schön, Herr Oberlehrer!) – Es war nur ein kleiner Hinweis auf das, was ich gesagt habe.

Diese Koalition hat eine Zweidrittelmehrheit in beiden Kammern. Sie kann alle Möglichkeiten der Geschäftsordnung nutzen, Gesetze zu beschleunigen. Teilweise wird die Geschäftsordnung in nicht gerade parlamentarisch einwandfreier Weise angewandt. Die Frage lautet: Wer, wenn nicht die große Koalition mit ihrer großen Mehrheit, könnte die Haushaltsprobleme wenn schon nicht sofort, so doch relativ schnell lösen? (Jörg Tauss [SPD]: Geduld!) – Herr Tauss, gerade Sie reden von Geduld!

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) Verehrte Frau Bundeskanzlerin und verehrte Koalitionäre,

Sie haben jetzt, also am Anfang der Legislaturperiode, die Möglichkeit, die notwendigen Maßnahmen auf den Weg zu bringen, auch wenn sie schmerzhaft sind.

Ich muss leider konzedieren, dass Sie Angst vor dem **Wähler** haben. Denn immer wenn man die Wahrheit ungeschminkt ausspricht, führt da zunächst einmal zu einer Abstrafung durch den Wähler. Ich frage Sie: Wann, wenn nicht jetzt, wo es so wenige Wahlen gibt, ist es möglich, Reformen auf den Weg zu bringen? Wie, wenn nicht auf ehrliche Weise, soll man die notwendigen Maßnahmen begründen? Diese sind kurzfristig zwar schmerzhaft. Aber langfristig gesehen versprechen sie Heilung im weitesten Sinne. Sie tun nichts. Warum tun Sie nichts? – Weil immer noch ein großer grüner Graben zwischen diesen beiden Fraktionen besteht. (Beifall bei der FDP)

Sie können sich noch nicht einmal darauf verständigen, ob Deutschland ein **Sanierungsfall** ist. Selbst das gelingt Ihnen nicht.

Frau Bundeskanzlerin, ich will Sie jetzt einmal ein wenig vor Ihrem Koalitionspartner in Schutz nehmen. (Zurufe von der SPD: Oh!) Sie haben Recht: Deutschland ist ein Sanierungsfall.

Liebe Kollegen von der SPD, wenn der Wirtschafts- und der Finanzminister eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wiederholt feststellen, dann kann man nicht mehr behaupten, dass Deutschland kein Sanierungsfall sei. Die Feststellung, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist, zeigt, dass in diesem Land weiterhin ein enormer Sanierungsbedarf besteht. (Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Der zweite Grund, warum Sie es so nicht schaffen können, ist, dass Sie bei den Ausgaben nicht so kürzen können, wie Sie bei den **Steuererhöhungen** draufsatteln.

Eine Rekordsteuererhöhung haben Sie schon verabschiedet. Weil die Steuererhöhungen der SPD so gut gefallen, versuchen Sie – so liest man in den Zeitungen; man kann es fast als einen sportlichen Wettbewerb ansehen –, diese Steuererhöhung noch zu toppen. Denn im Zuge der Gesundheitsreform wollen Sie die nächste Rekordsteuerreform durchsetzen. Ich bin wirklich gespannt, ob Sie es schaffen, an dieser Stelle die Steuereinnahmen um weitere 40 Milliarden Euro zu erhöhen.

Weil das Haushaltsjahr 2006 quasi schon zu Ende geht, möchte ich etwas zu dem **Haushalt 2007** sagen, mit dem der Finanzminister viel Arbeit hat. Ich habe manchmal das Gefühl, er arbeitet sich eher an uns ab, weil er im Moment über die internen Kämpfe in der Öffentlichkeit nichts sagen kann. (Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich will kurz auf folgenden Punkt hinweisen: Wir haben trotz der zusätzlichen Steuereinnahmen ein Problem mit Blick auf **Art. 115** des Grundgesetzes. Nach der Finanzplanung haben wir gegenwärtig eine Differenz von 1,3 Milliarden Euro. Aber es gibt doch die Risiken bei den Unterbringungskosten im Zusammenhang mit Hartz IV. Wir haben die Probleme im Gesundheitssystem und bei den Zinsen.

Ein kurzer Hinweis zu **Zinsen und Inflation**: Selbstverständlich wird die Mehrwertsteuererhöhung Auswirkungen auf die Preissteigerung haben. Über die Höhe können wir uns streiten, aber es wird sie geben. Angesichts einer Inflationsrate von über 2 Prozent in Europa bedeutet das, dass sie auch im nächsten Jahr über 2 Prozent liegen wird. Was heißt das? Die Zinsen werden steigen. In diesem Zusammenhang ein Hinweis für Kundige: Wenn die Zinsbelastung des Bundes um 0,11 Prozentpunkte steigt – das kann man kaum darstellen –, dann muss der Bund 1 Milliarde Euro mehr pro Jahr an Zinsen zahlen. Bei einer Steigerung um 0,15 Prozentpunkte wäre schon die Lücke zwischen Neuverschuldung und Investitionen geschlossen; damit wäre alles vorbei. Ich rede hier natürlich vom Steigen der durchschnittlichen Zinsbelastung des Bundes und nicht vom Anstieg der Zinsraten. Herr Minister, Sie könnten einmal das Gremium für Kreditfinanzierung besuchen und sich das dort ausrechnen lassen.

Herr Steinbrück, ich glaube Ihnen, auch aufgrund meines christlichen Menschenbildes, dass Sie sparen wollen. Das geht aber nicht auf dem Wege, wie Sie es sich vorstellen. Da helfen auch keine Ausführungen wie: Der Staat sind wir alle.

Das erinnert mich ein wenig an: L'État c'est moi. Nein, ich glaube, die Postulierung einer Deutungshoheit der Regierung bezüglich der Frage, was richtig oder falsch ist, die leider auch Herr Ramsauer beanspruchte, ist nicht der richtige Weg. Verwechseln Sie bitte nicht das Wohl des Staates mit dem Wohl der Regierung. (Beifall bei der FDP)

Herr Steinbrück, **Niederlagen** fügt Ihnen doch nicht die Opposition zu. Diese fügt Ihnen Nadelstiche zu, die vielleicht unangenehm sind. Aber wir stellen nicht die Mehrheit. Niederlagen fügen Ihnen andere zu, nämlich die, die die Mehrheit stellen. So sagt Herr Müntefering den Kommunen einfach einmal zu, dass sie etwas mehr als 3 Milliarden Euro zusätzlich für die Wohngeldzahlungen bekommen. Wie viel sie im nächsten Jahr bekommen, steht noch gar nicht fest. Darauf bin ich gespannt. Frau Merkel erzielt eine tolle Einigung auf europäischer Ebene; diese kostet aber letztlich jedes Jahr 1 Milliarde Euro mehr. Frau von der Leyen braucht eine halbe Milliarde mehr für das Bildungsgeld, (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Stimmt doch gar nicht!)

Frau Schmidt will bei der Gesundheitspolitik so lächeln wie unter Eichel und denkt sich, irgendwo werde sie das Geld schon herbekommen, selbst wenn weniger geraucht werden

sollte. So wird das jetzt wohl auch wieder passieren. Die Länder schaffen es, dass die vorgesehenen Kürzungen für den Nahverkehr nicht so stark ausfallen, und der Außenminister hat gestern gesagt, natürlich hätte er gerne möglichst viel Geld für die auswärtige Kulturpolitik.

(Zuruf des Abg. Jörg Tauss [SPD]) Applaus kommt von allen Fachpolitikern der Koalitionsparteien. Aber auch das fällt am Ende wieder auf Sie, Herr Steinbrück, zurück.

Ganz besonders deutlich machte in diesem Zusammenhang eine Wortmeldung des Kollegen Brandner von der SPD, wie man eigentlich denkt. Nachdem festgestellt wurde, dass bei den Kommunen die Einnahmen sprudeln – das stimmt ja auch –, kam eine wunderschöne Erklärung: Diese Einnahmen sollten nicht zur Rücklagenbildung oder zum Sanieren benutzt werden, sondern ausgegeben werden. Genau das passiert im Moment: Jedes Mal, wenn diese Regierung mehr Geld einnimmt, kommen sofort Politiker und sagen, sie wüssten genau, wofür es dauerhaft ausgegeben werden kann. (Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Das Allerbeste kommt nun: Andrea Nahles, die im Moment leider nicht da ist, sagt:

Wir nehmen über die Mehrwertsteuererhöhung ... eine deutliche Masse mehr an Steuern ein. – „Masse“ ist in diesem Zusammenhang wirklich ein schöner Begriff. Wir werden wahrscheinlich zum ersten Mal die Maastrichtkriterien erfüllen. Dann haben wir eigentlich eine ganz solide Basis für den Haushalt 2007.

Herr Steinbrück, wer trotz der bevorstehenden massiven Steuererhöhungen sagt, es reiche aus, die **Maastrichtkriterien** zu erfüllen, sich aber nicht um die Vorschriften der Verfassung kümmert, der fällt in den Andrea-Graben Ihrer Haushaltspolitik. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Abschluss noch ein kurzer Hinweis: Das Wort vom Haushalt als **Schicksalsbuch der Nation** bewahrheitet sich in diesen Tagen immer mehr. Nicht umsonst spricht man ja im Zusammenhang mit dem Haushalt auch von Wahrheit und Klarheit. Ich will nicht bestreiten, dass wir noch die Möglichkeit haben, umzusteuern. Aber bei einer Gesamtverschuldung des Bundes von gegenwärtig

rund 900 Milliarden Euro, also dem Vierfachen der Jahresbruttoeinnahmen, muss doch irgendwann jeder einsehen, dass es zum Umsteuern nicht reicht, das Rad ein bisschen zu drehen, sondern dass es nötig ist, es mehrfach umzudrehen. Das müssen Sie tun.

Die Koalition sagt, dies sei ein Haushalt des Übergangs. Wir als FDP fürchten, das ist ein Haushalt des Niedergangs. Wir hoffen, dass Sie dennoch die Kraft finden, mit Ihrer Mehrheit und Ihren Möglichkeiten Ihre Verantwortung wahrzunehmen, den Niedergang zu stoppen und dafür zu sorgen, dass dieses Land – das hat es nämlich verdient – weiter blühen und gedeihen kann. Herzlichen Dank. (Anhaltender Beifall bei der FDP – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)